



Tel.: +43 316 872-2162
Fax: +43 316 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Budget 2013 der Stadt Graz

Budgetrede von Klubobmann Dr. Gerhard Wohlfahrt Grüner Gemeinderatsklub 16.5.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Gäste!

Ich durfte heute schon über den Rechnungsabschluss 2012 berichten. 2012 war das letzte Budget einer schwarz-grünen Zusammenarbeit. Inzwischen gibt es eine schwarz-blau-rote Koalition und diese politische Veränderung spiegelt sich im Budget 2013 auch wider. Auf den ersten Blick könnte man glauben, dass sich nicht viel verändert hat. Bei einem schnellen Blick auf die laufende Gebarung entsteht der Eindruck, dass das erste bzw. die ersten zwei Budgets der schwarz-blau-roten Koalition – einer Koalition, zu der sich allerdings niemand bekennt – gar nicht so unterschiedlich zur Vergangenheit ist.

Allerdings, die Parteienförderung wurde gleich einmal um 50 Prozent erhöht. Na gut, so manche wichtige Förderung für Integrationsprojekte wird zwar höchstwahrscheinlich weiterhin gewährt werden, aber bekennen darf man sich dazu wohl nicht mehr. Jedenfalls werden sie jetzt unter dem Titel „Diversen Förderungen“ versteckt. Ja, die laufenden Ausgaben bzw. die sogenannten Eckwerte wurden 2013 deutlich erhöht – nicht nur wegen der höheren Parteienförderung – ab 2015 werden sie dafür wieder um 3 % gesenkt. Verstehe das, wer will. Im Wesentlichen ist die laufende Gebarung aber eine Fortschreibung der letzten Jahre. So weit – so gut.

Bei einem Blick auf das Gesamtbudget – die laufende Gebarung und die Investitionen – werden die Änderungen aber deutlich. Das Budget 2013 und ein wenig auch das Budget 2014 ist noch von der Vollendung der Umsetzung der bereits beschlossenen Projekte von schwarz-grün – oder sollte ich vielleicht doch grün-schwarz sagen? – geprägt. Die Nahverkehrsdrehscheibe und der Personentunnel Nord werden fertig gestellt bzw. fertig abgerechnet, die Annenstraße wird zu neuem Leben erweckt, ein Teil der Busflotte der Holding wird – endlich! – erneuert. Die Süd-West Linie wird geplant, mit der Verlängerung des 7er ins Stiftingtal wird begonnen. Sporthallen (ASKÖ-Center, Ballsporthalle Liebenau) werden fertig gebaut. Ja, aber was passiert dann?

Wo sind die neuen Projekte für die nächsten 5 Jahre? Auf die konnte sich die neue Koalition noch nicht einigen. Aber dafür beschließen wir gleich ein Doppelbudget. Anscheinend ist die schwarz-blau-rote Regierung wirklich keine Koalition, sondern eine Gesinnungsgemeinschaft von Sparmeistern. Das einzige, was diese Regierung eint, ist der Wille, KEINE Projekte umzusetzen. Wie sonst ist es erklärbar, dass die Investitionen extrem beschränkt werden, der Einsatz der Mittel aber noch völlig offen ist?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fast die ganze Welt erkennt inzwischen, dass reine Sparbudgets der öffentlichen Hand der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zuträglich sind. Steigende Arbeitslosigkeit und soziale Probleme sind die unvermeidlichen Folgen. Nur Graz ist anders. Hauptaufgabe Sparen!

Natürlich kann jetzt eingewendet werden, Graz muss sich an unterschiedliche (zukünftige) Vorgaben halten und für Wirtschaftspolitik ist ohnehin der Bund zuständig. So viel vorauseilender Gehorsam ist der zweitgrößten Stadt Österreichs aber nicht zuträglich und fehlende Investitionen der Stadt führen auch am lokalen Arbeitsmarkt zum Abbau von Beschäftigung. Noch viel wichtiger erscheinen mir aber die Auswirkungen fehlender Investitionen auf die Bewältigung kommunaler Aufgaben.



Wie soll in dieser wachsenden Stadt der öffentliche Verkehr ausgebaut werden? Die Investitionen von jährlich weit über 50 Mio. in den letzten Jahren und auch 2013 sollen 2014 halbiert und dann auf 10 Mio. (2016 und 2017) reduziert werden. Da mag vielleicht noch die eine oder andere Million aus den noch nicht verteilten insgesamt fast 100 Millionen (100 Mio. für 5 Jahre!) dazu kommen, aber das ist ja nicht mehr als ein Tropfen auf einem heißen Stein. Wie soll der Ausbau der Straßenbahnlinien finanziert werden? Wie soll ohne die dringend notwendigen und grundsätzlich schon beschlossenen langen Straßenbahnen die Frühspitze bewältigt werden? Ohne zusätzliche Fahrgastkapazitäten ist kein Umstieg auf den ÖV möglich. Und wie geht es mit der begonnenen Modernisierung der Busflotte weiter?

Wie soll das Feinstaubproblem in Graz gelöst werden? Die Umsetzung der Umweltzone wurde der ÖVP zu heiß – da war eine schnelle Volksbefragung wohl der letzte Ausweg. Und wo ist der Plan B? Nicht einmal die sehr zögerlich begonnene Modernisierung der Busflotte der Holding soll fortgesetzt werden, die Holding soll zukünftig die Busse – wie den Budgetunterlagen zu entnehmen ist – erst nach 15 Jahren austauschen. Hätten wir eine Umweltzone eingeführt, dürften diese Busse nicht so lange in Betrieb sein. Die Abgaswerte dieser Uralt-Busse sind dem zuständigen Stadtrat sicherlich bekannt. Aber auch der Ausbau der Fernwärme ist mittelfristig keineswegs abgesichert. Der Feinstaubfond neigt sich dem Ende zu und die neue Koalition ist nicht einmal in einem Doppelbudget bereit, Zusagen für weitere finanzielle Mittel in diesem für Graz so wichtigen Bereich zu geben. Frei nach dem Motto: Hauptsache es gibt einen Budgetbeschluss bis Ende 2014 – über Inhalte reden wir später. Diese Vorgehensweise haben wir bereits vor einem halben Jahr erlebt: Hauptsache es gibt einen Stabilitätspakt – Inhalte später. Ich hätte da eine kleine Frage: Sind auch Antworten auf die wirklichen Probleme der GrazerInnen geplant?

Liebe KollegInnen von der schwarz-blau-roten Koalition. Sparen allein ist kein Regierungsprogramm und hier sparen sie zu Lasten der Gesundheit aller Grazerinnen und Grazer. Die Stadtregierung ist aufgerufen, sich Gedanken über



die Lösung der Feinstaubproblematik in Graz zu machen. Mutige, innovative Schritte sind gefragt, der Beschluss eines Stabilitätspaktes löst diese Probleme nicht. Und die Erhöhung der Parteienförderung auch nicht.

Aber es gibt noch viele weitere Bereiche, in denen Investitionen dringend notwendig sind: Schulausbauten, Ankauf von Grünflächen, Grundstücke für neue Gemeindewohnungen, Bau von neuen Sportstätten, Umbau der Eishalle, Infrastrukturmaßnahmen in den zu entwickelnden Gebieten (z.B. Reininghaus, Smart-City u. a.) und viele andere wichtige Aufgaben mehr.

Es existieren zwar etliche Programme, das Schulausbauprogramm wurde in der letzten GR-Sitzung beschlossen, das Stadtentwicklungskonzept sieht den Ankauf öffentlicher Grünflächen vor, usw. Aber wer arbeitet an der Umsetzung dieser wichtigen Programme? Wie soll das alles mit 100 Mio. in den nächsten 5 Jahren lösbar sein? Solange es darauf keine Antworten gibt, können wir Grünen den Budgets 2013 und 2014 und insbesondere der ausdrücklich erwähnten mittelfristigen Investitionsplanung nicht zustimmen.

Dass wir Grüne notwendige Investitionen mit einer soliden Finanzgebarung verbinden konnten, haben wir nachweislich gezeigt. Die letzten 5 Jahre waren von wichtigen Schwerpunktsetzungen, z.B. Öffentlicher Verkehr und Kinderbetreuung UND einer soliden Entwicklung der städtischen Finanzen geprägt. Wie heute bereits erwähnt ist die Finanzschuld der Stadt Graz (inkl. Beteiligungen) im Zeitraum von 2009 bis 2011 real leicht gesunken – exakt um 3 %. (vgl. Vorprüfung der Rechnungsabschlüsse 2011 durch den RH, S. 29). Zahlen für 2012 liegen noch nicht vor, ich erwarte aber eine leichte Zunahme. All die von der damaligen Opposition jährlich wiederholten Schauermärchen vom Finanzdesaster in Graz sind in Kärnten, Linz und vielleicht auch in Salzburg eingetroffen. Die Finanzsituation in Graz hat sich hingegen deutlich verbessert, wir erzielen jetzt deutliche Überschüsse in der laufenden Gebarung. Diese Überschüsse waren allerdings nicht für die Erhöhung der Parteienförderung gedacht, sondern für den Erhalt oder die Erhöhung des Mobilitätschecks, für die

Einführung und den Ausbau der Socialcard und für andere wichtige kommunale Leistungen. Und natürlich auch Grundlage für dringend notwendige Investitionen.

Wenn notwendige Investitionen nicht finanzierbar sein sollten, dann muss eine verantwortungsvolle Regierung auch über entsprechende Maßnahmen nachdenken. Vielleicht werden nach über 20 Jahren doch einmal die Parkgebühren angepasst, vielleicht muss noch einmal über die Entwicklung hoher städtischer Pensionen – für Politiker und Beamte (ich glaube, die weibliche Form kann ich mir hier sparen) – nachgedacht werden. Aber dazu bedarf es einer mutigen Politik – und ich befürchte, schwarz-blau-rot fühlt sich wohl eher bei den Sparmeistern zu Hause.

Sparen im Sinne von Investitionen kürzen ist vielleicht einfach, aber zu wenig. Das ist kein Programm für die Zukunft. Notwendige Investitionen sind die Basis für eine gute Zukunft für Graz.

Manchmal muss vielleicht auch an anderen Stellen gespart werden. Ich habe soeben den Solidarbeitrag höherer Pensionen erwähnt. Ich weiß, wie schwierig es war, die ÖVP zu einem kleinen Solidarbeitrag für Pensionen die in etwa über 5.000 Euro monatlich liegen, zu überreden. Derartige Entscheidungen gehören aber zu einem verantwortungsvollen Umgang mit knappen finanziellen Ressourcen. Ich bin schon gespannt, ob sich die neue Regierung derartiger Probleme annehmen wird. Aber wie gesagt – offensichtlich ist es einfacher, die Investitionen zu kürzen.

Auch wenn ich inhaltlich mit vielen Entscheidungen in diesen Budgets nicht einverstanden bin, so ist es mir doch sehr wichtig, der Finanzdirektion und Herrn Stadtrat Rüschi für die Aufbereitung und Weitergabe der vielen Zahlen zu danken. Da ich dieses Budget nicht verantworten kann und will, hatte ich natürlich auch viel weniger Fragen als in den letzten Jahren. Aber sowohl die vielen Fragen der letzten Jahre wie auch die wenigen des heurigen Jahres wurden nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet – danke für diese Zusammenarbeit.



Jetzt ist es aber an der Zeit, mit Abänderungsanträgen die Umsetzung einiger Verbesserungen zu erreichen. Es wäre populistisch, mit Anträgen einfach die Investitionen zu erhöhen oder auch nur die geplanten Investitionssummen konkreten Projekten zuzuordnen. Aber da uns sowohl der Ausbau des ÖVs, der Ausbau der Fernwärme, die Dotierung des Feinstaubfonds, der Ausbau der Schulen und Kindergärten, der Ankauf öffentlicher Grünflächen und vieles andere wichtig ist, wünschen wir uns einfach eine völlig andere Budgetpolitik für 2014 und die Folgejahre. Aber wir nehmen auch zur Kenntnis, dass diese andere Budgetpolitik derzeit nicht mehrheitsfähig ist.

Unbedingt notwendig erscheinen uns aber zwei Änderungen in den vorliegenden Budgets. Erstens ist die massive Erhöhung der Parteienförderung keinesfalls gerechtfertigt. Vor rund 2 Monaten wurde den Grazer Studierenden erklärt, dass der Mobilitätsscheck nicht aufrecht erhalten werden kann. Heute soll die Parteienförderung um rund 800.000 Euro jährlich erhöht werden. Ich vermute, dass sich manche Parteien im letzten Wahlkampf massiv übernommen haben. Und da jetzt auch das Transparenzgesetz anonyme Spenden verunmöglicht, scheint auch die Refinanzierung der Wahlkampfkosten schwieriger geworden zu sein. Trotz dieser Schwierigkeiten für manche Parteien wollen wir diese öffentlichen Mittel lieber für einen Ausbau der Socialcard eingesetzt wissen und ersuchen die Sozialstadträtin Martina Schröck um einen sinnvollen Einsatz dieser Mittel. Mit der von uns erwarteten Unterstützung dieses Antrags durch die ehemals „Soziale Partei“ hat dieser Antrag durchaus Chancen auf Erfolg.

Weiters finden wir es sehr problematisch, wenn dem Budget 2014 auch gleich die Ermächtigung für Herrn Stadtrat Rüscher verbunden ist, den Wirtschaftsplänen für 2014 zuzustimmen. Diese Pläne existieren teilweise noch gar nicht, die Einhaltung der drei angeführten Kennzahlen alleine ist nicht die Steuerung unserer Beteiligungen durch den Gemeinderat, die wir uns vorgestellt haben. Wir lehnen daher diese Blanko-Ermächtigung für die Zustimmung zu den diversen Wirtschaftsplänen 2014 ab und stellen daher folgenden **Abänderungsanträge**:

1. Die im Voranschlag 2013 auf Seite 550 angeführten Subventionen an politische Parteien (Kennziffer 757000) wird auf einen Gesamtbetrag von 1.509.700 € reduziert.

Die dadurch eingesparte Summe von 798.600 € wird für den Ausbau der Sozialcard (Ausweitung der BezieherInnengruppen, Ausweitung der Leistungen) zweckgewidmet.

Die sinngemäß gleiche Änderung ist auch im Voranschlag 2014 durchzuführen.

2. Voranschlag 2014:

Der Satz (Kapitel II Budgetvollzug, 2.Absatz)

„Die Stimmrechtsermächtigungen für die Generalversammlungen bzw. Vollmachten zur Fertigung der betreffenden Umlaufbeschlüsse für die Wirtschaftspläne 2014 der einzelnen Gesellschaften, die diesen EBITDA, Investitions- und Vollzeitbeschäftigtenziffern entsprechen, gelten hiermit gemäß § 87 Abs.2 des Statuts der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 42/2010 gegenüber den jeweiligen EigentümervertreterInnen als erteilt.“

ist ersatzlos zu streichen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, diese zwei kleinen Änderungen würden sowohl das Verständnis für eine neue Politik des Sparens bei sich selbst in der Bevölkerung erhöhen als auch den Gemeinderat als oberstes Organ der Stadt wieder die Entscheidungskompetenz zurückgeben, die dem Gemeinderat laut Statut zusteht. In diesem Sinne bitte ich um Annahme unserer Abänderungsanträge. Danke.